

# VORAN

Marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

In dieser Ausgabe:

Deutschland 1923

Seite 4 und 5

Britische Wahlen

Seite 6

Nr. 65/ 10. Jahrgang Juli/August 1983  
80 Pfg. - Solidaritätspreis 1,20 DM

Weder Wende noch Aufschwung

## DER SOZIALSTAAT WIRD DEMONTIERT

Vier Monate nach der Bundestagswahl glaubt kaum noch jemand an den von Kohl versprochenen Aufschwung. Die Arbeitslosigkeit liegt nach wie vor über zwei Millionen und wird im nächsten Winter auf die drei Millionen zugehen. Unser Lebensstandard sinkt weiter. Viele Schulabgänger stehen trotz Propaganda ohne Lehrstelle da. Unterdessen verfolgt die Bonner Kohlregierung konsequent ihren Kurs in Richtung Demontage des Sozialstaates und Vermögensumverteilung von unten nach oben. In den Beschlüssen zum Haushalt '84 wird deutlich, wohin die "Wende" führen soll:

- \*Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld wird für Bezieher ohne Kinder von 68% auf 63% des bisherigen Nettoeinkommens gesenkt, die Arbeitslosenhilfe von 58% auf 56%!
- \*Die Förderungsmittel für berufliche Bildung und Umschulung werden stark gekürzt.
- \*Schwerbehinderte werden nicht mehr von der KFZ-Steuer befreit.
- \*Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werden voll in die Abgaben zur Sozialversicherung einbezogen.
- \*Krankengeld wird zukünftig mit Beträgen zur Renten- und Arbeitslosenversicherung belastet (je zur Hälfte vom Krankengeldbezieher und der Kasse aufzubringen).
- \*Der Regelsatz in der Sozialhilfe wird um lächerliche 1,5% angehoben!
- \*Kürzungen von Kinder- und Mutterschaftsgeld führen beim Familienetat der Regierung zu einem Rückgang von 3,8%.
- \*Durch drastische Bafög-Streichungen schrumpft der Bildungsetat 1984 um 14,7%! Gleichzeitig verschafft das Steuerentlastungsgesetz den Unternehmern und Selbstständigen zahlreiche Vorteile, z.B.:
- \*Senkung des "Vermögenssteuerersatzes für Körperschaften auf 0,6%.
- \*Sonderabschreibungen
- \*Der Höchstbetrag im Rahmen des Verlustrücktrags" wird auf 10 Millionen DM verdoppelt.
- \*Die Investitionszulage für die Stahlindustrie wird auf 20% verdoppelt.



Unser hart erkämpfter Lebensstandard sinkt weiter...  
Die organisierte Arbeiterbewegung muß sich wehren.

Bis 1. Oktober fehlen noch 12.000 DM

## Wir brauchen Eure Spenden!

Unter der Kohl-Regierung wird es - mit oder ohne Aufschwung - zu höherer Arbeitslosigkeit, Betriebsschließungen, Kürzungen, Abbau des Lebensstandards kommen.

Wir treten ein für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, gegen Kürzungen und Sozialabbau, wir unterstützen jeden Kampf der Kollegen um ihre Arbeitsplätze.

Im Herbst werden die Scheinverhandlungen in Genf mit dem Beschluß zur Aufstellung weiterer Atomraketen enden.

Wir kämpfen gegen die Stationierung, für die Einbeziehung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer über Streikmaßnahmen; für eine sozialistische Perspektive in der Friedensbewegung, denn der Frieden kann nur durch den politi-

schen Kampf gegen die Herrschenden in Ost und West gesichert werden.

Die SPD hat 13 Jahre lang versucht, das kapitalistische System besser zu verwalten als die Kapitalisten selbst; in der Krise mußte sie damit scheitern.

VORAN kämpft für eine grundlegende Umwälzung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wir treten bei allen Gelegenheiten, vor allem aber innerhalb der SPD und Gewerkschaften für eine solche Politik ein, denn hierhin orientieren sich die Mehrheit der Arbeitnehmer.

VORAN ist die marxistische Stimme in SPD, Jusos, Gewerkschaften und Falken.

Wir erhalten Geld weder von Ost noch West, weder von Partei- noch Gewerkschaftsvorständen, noch aus Anzeigen

oder von den Herren Flick & Co. Wir sind einzig und allein auf die finanzielle Unterstützung unserer Leser und Anhänger angewiesen.

Im Moment steht uns eine große Anschaffung bevor, für die wir die Hilfe jedes Lesers brauchen. Wir wollen nämlich einen Fotosatzcomputer kaufen, der für die Zeitung zahlreiche Verbesserungen bringt.

Wir können ein Gebraucht-Gerät für 27.000 DM kaufen. 15.000 DM haben wir bisher angespart. Wir müssen über die Sommermonate noch 12.000 DM "eintreiben", denn am 1. Oktober ist "Zahltag". Sicher: wir könnten auch zu einer Bank gehen, einen Kredit aufnehmen und hohe Zinsen bezahlen. Aber wir wollen es möglichst vermeiden, dem Bankkapital mehr als nötig in

den Rachen zu werfen. Wir hoffen auf Dich und Deine Hilfe:

\*Kannst Du uns eine Sonder-spende zukommen lassen - egal wie klein oder groß sie auch sein mag. Kennst Du andere Leser, Freunde, Bekannte, die auch spenden würden?

\*Hast Du Ersparnisse, die Du nicht sofort benötigst und von denen Du uns einen privaten, zinsgünstigen (zinslosen?) Kredit gewähren könntest?

Bitte wende Dich an einen VORAN-Verkäufer.

Unser Konto:  
'VORAN zur sozialistischen Demokratie',  
Postscheckamt Essen,  
Kontonummer: 2500 59 - 430.

Stärkt die Stimme der Marxisten in den traditionellen Organisationen der Arbeitnehmer!



Für Kohl bedeutet "Wende" verschärften Sozialabbau.

Gewerkschaften müssen den Widerstand organisieren. Die SPD muß von ihrer bisherigen Politik der Kompromisse mit dem Kapital und des mäßigen Sozialabbaus abrücken. Sie muß wieder voll Partei ergreifen für die arbeitende Bevölkerung und gegen die Reichen und Herrschenden. Wenn sich das kapitalistische System keinen Sozialstaat mehr leisten kann, dann können auch wir uns keinen Kapitalismus mehr leisten.

Hans-Gerd Öfinger

ihre da oben ...  
... wir da unten

## Sozialabbau ist lebensgefährlich

Kollege Dieter H. ist in einem Remscheider Mittelbetrieb beschäftigt und klagte schon seit längerer Zeit über Atembeschwerden. Am Montag früh verschlimmerte sich sein Zustand plötzlich während der Arbeit: er bekam kaum noch Luft. Wir brachten ihn ins Auto und zu seinem Hausarzt. Der stellte unregelmäßigen Herzschlag fest und überwies Dieter sofort ins Krankenhaus.

Dazu bestellte der Arzt telefonisch ein Taxi. Wenig später fuhr das Taxi vor und Dieter setzte sich rein. Der Fahrer verlangte von ihm die 5 DM Selbstbeteiligung, die letztes Jahr noch von der alten sozial-liberalen Koalition eingeführt worden waren. Sonst dürfe er ihn keinen Meter weit fahren. Dieter hatte aber noch seine Arbeitskleidung an und kein Geld dabei. Er hatte auch andere Sorgen. Jedenfalls weigerte sich der Taxifahrer weiterhin, loszufahren. Er richtete sich ja nur streng nach seinen Anweisungen.

Schließlich ging Dieter wieder zum Arzt hoch, der ihm die 5 DM aushändigte. Er kam noch rechtzeitig ins Krankenhaus und befindet sich wieder auf dem Weg der Besserung.

Es hätte aber auch anders ausgehen können ...

Ein Kollege von Dieter

## Nazis unterrichten

Ein Physiklehrer erzählt seinen Schülerinnen, es hätte nie KZs und Judenmorde gegeben. Die Schülerinnen machen das bekannt. Darauf hin versucht der Lehrer, sie zu erpressen, damit sie dies widerrufen. Der Schulleiter verbietet das Erscheinen der Schülerzeitung. Es nützt nichts. Der Lehrer wird verurteilt wegen Volksverhetzung und versuchter Nötigung - auf Bewährung. Er "erzieht" weiter an der Schule. Ein anderer Lehrer schreibt in einem Leserbrief, daß er die Verurteilung gut finde. Auch in anderen Schulen betätigen sich Lehrer neonazistisch, und es hätte jedesmal mutiger Schüler bedurft, um die Behörden zum Einschreiten zu bewegen. Dadurch sei der Anschein entstanden, die Behörden würden das Treiben neonazistischer Lehrer billigend in Kauf nehmen.

Dieser Lehrer arbeitet seit 1977 im niedersächsischen Schuldienst. Der Schulamtsdirektor bestätigte ihm solide Fachkompetenz und eine ausgewogene Unterrichtsplanung.

Die Bezirksregierung schmeißt den Lehrer nach dem Erscheinen des Leserbriefes raus, wegen Nichtbewährung. Die Behörden verweigern ihm Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, seine Kollegen werden von der Behörde gezwungen, über die ganze Sache nichts zu sagen!

## Soldat tötete sich selbst

Unter dieser Überschrift berichtete eine große Tageszeitung über die Selbstmorde von drei Marinesoldaten.

Ein 27jähriger Bootsmann erschoss sich in seinem Wagen, ein 20jähriger Gefreiter tat dies, während er auf Wachposten war und ein 21jähriger Maat schoß erst auf seinen Wachoffizier und dann sich selbst in den Kopf. Der Marinesprecher sieht keinen Zusammenhang zwischen diesen "Vorfällen".

Wie sollte er auch? Private und in zwei Fällen "nicht ersichtliche" Gründe waren Anlaß zu den Taten. Ein Soldat verbringt ja auch nur drei Viertel seiner Zeit auf Bundeswehrgelände. Die Verhältnisse bei der Bundeswehr können also mit den Vorfällen nichts zu tun haben. Muß also angeboren sein oder so was. . .

# JUGEND FÜR SOZIALISMUS

## Lest und diskutiert unsere Broschüre!

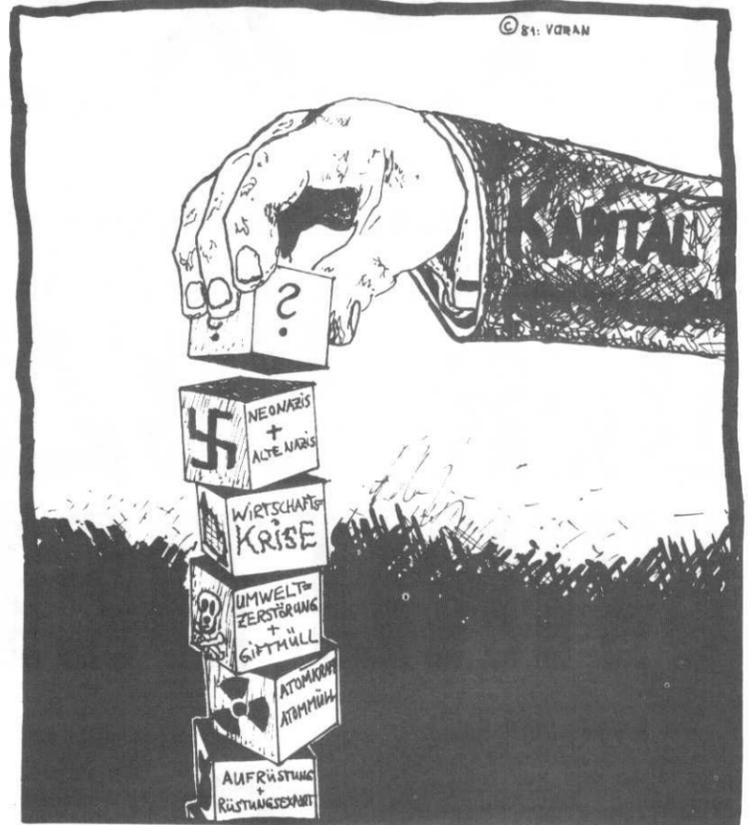
Wie wir uns eine sozialistische Gesellschaft vorstellen und wie sie erkämpft werden kann, das beschrieb VORAN in einer vor zwei Jahren erschienenen Broschüre. Wegen großen Zuspruchs haben wir diese jetzt mit geringen Änderungen wieder aufgelegt.

Im ersten Teil der Broschüre wird die Lage der Jugend in einer Klassengesellschaft erklärt. Einzelne Schwerpunkte bilden die Kapitel Jugendarbeitslosigkeit, Freizeit, Wohnungsnot, Bundeswehr, Zivildienst, demokratische Rechte, Bildung u.a. Von der konkreten Situation ausgehend werden Übergangsforderungen aufgestellt.

Der zweite Teil zeigt an den Beispielen Umwelt, Energiepolitik, Aufrüstung, Neo-Faschismus, neue Technologie und Mikroprozessoren sowie den Wirtschaftskrisen auf, daß sich das kapitalistische System in einer Sackgasse befindet, aus der es nur einen sozialistischen Ausweg geben kann.

Der dritte Teil befaßt sich genauer mit diesem sozialistischen Ausweg. Es geht dabei um eine gesellschaftlich geplante Produktionsweise, um demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung, um die sozialistische Demokratie und schließlich um das Verhältnis von VORAN zur Arbeiterbewegung, zu den Gewerkschaften und zur SPD.

Wir möchten Euch auffordern: Lest unsere Broschüre "JUGEND FÜR SOZIALISMUS"



und diskutiert mit uns darüber! Und vor allem: Kämpft mit uns gemeinsam dafür! Denn dieses Programm wird wertlos sein, wenn es nur auf dem Papier stehen bleibt.

Die Broschüre hat 52 Seiten, ist gut lesbar, mit vielen Karikaturen und Cartoons locker auf-

gemacht und eignet sich hervorragend für die Jugendarbeit, wenn es darum geht, Grundideen des Sozialismus verständlich zu erklären. Preis 2,50 DM.

Die Broschüre ist erhältlich bei der Redaktion.

VORAN, Reinwardtstr. 2,  
5630 Remscheid 11



Liebe VORAN-Leser!

Wir möchten in Zukunft unsere Leserbrief-Ecke ausbauen und brauchen dafür noch viel mehr Zuschriften von Euch. Wir sind auch für Kritik und Anregungen dankbar. Je mehr Ihr Euch mit Leserbriefen und kleinen Erfahrungsberichten beteiligt, desto besser und vielseitiger kann unsere Zeitung werden.

Eure Redaktion VORAN

## "VORAN gefällt mir immer besser"

Liebe Genossinnen und Genossen,

Eure Zeitung gefällt mir von Mal zu Mal besser. Die Themen, die in der Zeitung behandelt werden, sind reichhaltig. Sie reichen von der Vergangenheit bis in die Gegenwart. In der letzten Ausgabe zum Beispiel hattet Ihr einen sehr interessanten Bericht über die Geschehnisse in Frankreich im Mai 1968. Ebenfalls gut war auch der Bericht über die GRÜNEN. Hier habt Ihr den Lesern aufgezeigt, daß die GRÜNEN keine Alternative sind und sogar in manchen Punkten (Wirtschaftspolitik) sehr konservativ sind.

Ich meine, daß Eure Zeitung

gerade in dieser Zeit, in der der Kapitalismus in einer tiefen Krise steckt, wichtig ist, um die Bevölkerung und hauptsächlich die Arbeiterklasse über die Gründe der Krise in aller Welt zu informieren und diese zu motivieren, etwas dagegen zu unternehmen. VORAN leistet also einen Beitrag zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung. Durch diese Bewußtseinsbildung bzw. Politisierung wird es möglich, eine Veränderung der Gesellschaft zum Sozialismus hin zu erreichen.

In diesem Sinne: VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Christoph Leclaire,  
Juso-AG Neheim-Hüsten

## VORAN-Leser sammeln Spenden

VORAN-Verkäufer und -Leser in Remscheid planen für die Spendensammlung folgende Aktionen:

- \*Kuchenbacken und Verkauf an Infotischen, bei Demonstrationen und Kulturveranstaltungen.
- \*Verkauf von gut erhaltenen Schallplatten, Büchern und alten Sachen.
- \*Blutspenden im Krankenhaus, vorausgesetzt man ist gesund.
- \*Sommerfest. Bei guter Organisation, rechtzeitiger Bekanntgabe unter Genossen, Freunden und Verwandten und guter Stimmung lohnt es sich echt. Letzten Herbst haben wir bei einer Fete über 320 DM Gewinn gemacht.
- \*Handarbeiten. Wer Pullover, Westen und Jacken häkeln oder stricken kann, hat zusätzlich Möglichkeiten, Geld für den Kampffonds aufzutreiben. Viele mögen Naturprodukte und Handarbeiten lieber als Stangenware von C&A.
- \*Viele kleinere und größere Einzelspenden.

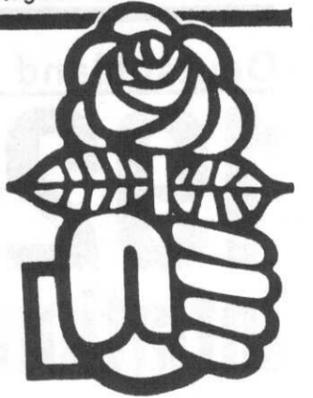
Vielleicht hat der eine oder andere von Euch noch bessere Ideen! Schreibt uns oder ruft einfach in der Redaktion an!

Karl-Heinz Rölke

Betriebschliessung in Remscheid:

Ein Blitz aus heiterem Himmel

Jusos leisten aktive Solidarität



Für die 62 Belegschaftsmitglieder des Remscheider Werkzeugunternehmens RHEIDCO (Reinhard Heidfeld & Co.) kam am 29. April 1983 der Blitz aus heiterem Himmel: Für diesen Tag wurde eine Betriebsversammlung einberufen, auf der man die Belegschaft davon in Kenntnis setzte, daß sie nach Hause gehen könne, da die Firma in Konkurs gegangen sei. Der Betriebsrat war eine Viertelstunde vorher "informiert" worden.

Als wir aus der Presse über den Heidfeld-Konkurs erfuhren, setzten wir uns sofort zusammen und entwarfen ein Solidaritäts-Flugblatt, das zwei Genossen am Tag der ersten Betriebsversammlung an die Belegschaft verteilten. Unsere Bitte, an der Betriebsversammlung teilnehmen zu können, wurde nicht abgelehnt.

Belegschaft verzichtet. . .

Im Jahre 1982 bis zum März 1983 war bei RHEIDCO überwiegend kurzgearbeitet worden. Zuletzt wurde nur noch 30%

gearbeitet. Die Belegschaft verzichtete - um ihre Arbeitsplätze zu retten - auf einen Teil ihrer Ansprüche: auf die Hälfte der Lohnerhöhung '82 und auf Prämien.

. . . Betriebsleitung sahn ab

Dann schien es, als ob das erhoffte Wunder eintreten würde: die Firma HERBA "erbarmte" sich der finanzschwachen Firma RHEIDCO und ging mit ihr eine Zusammenarbeit auf dem Betriebs- und Verwaltungsbereich der Firma RHEIDCO ein. Doch diese Zusammenarbeit erwies sich später als ein Mittel zum Zweck - RHEIDCO wurde systematisch von HERBA ausgeschlachtet. So lieferte RHEIDCO an HERBA Waren im Wert von 800.000 DM, bezahlt wurden aber nur 540.000 DM! Am Ende stand der Konkurs, die Belegschaft auf der Straße, ein Sozialplan ist mangels Finanzmasse mehr als unwahrscheinlich.

Die örtliche IG Metall beschränkte ihre Hilfe nach dem "Aus" auf die Beratung der Be-

Diskussion über Pleite

Tagung der Jusos

Schnell reagiert hat die Arbeitsgemeinschaft Remscheid-Nord der Jungsozialisten: Auf ihrer Mitgliederversammlung am morgigen Mittwoch, 4. Mai, um 19.30 Uhr in der Gaststätte „El Gorrión“ am Friedrich-Ebert-Platz soll die jüngste Remscheider Betriebschließung bei der Werkzeugfabrik Heidfeld & Co an der Rather Straße zentrales Thema sein. Mitglieder des Betriebsrats und Angehörige der Belegschaft sollen über die Hintergründe der Pleite informieren.

(Remscheider General-Anzelger 3,5,83)

legschaft für die Dauer der Konkursabwicklung. Es wäre wünschenswerter gewesen, wenn sich die IG Metall darüberhinaus aktiver für die Erhaltung der Arbeitsplätze eingesetzt hätte. Wäre es nicht möglich gewesen, sich für die Übernahme des Betriebes durch die Landesregierung einzusetzen, um damit die Fortsetzung der Produktion unter der Verwaltung

von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu ermöglichen?. Die "Geschäftspraktiken" von HERBA hätten bloßgelegt werden können - die Öffnung der Geschäftsbücher wäre nötig gewesen.

Der Remscheider SPD-Vorstand veröffentlichte ein Solidaritätsflugblatt, was zwar zu begrüßen ist, jedoch allein mit der Forderung nach Änderung des Konkursrechtes der Belegschaft nicht viel weiterhalf. Ein Gespräch zwischen dem Betriebsrat von Heidfeld und dem SPD-Unterbezirksvorstand verlief für die Heidfeld-Kollegen - nach eigenen Aussagen - nicht so, wie erhofft.

Unser Angebot an die Belegschaft, auf unserer nächsten Juso-Sitzung über ihren Fall und ihre Erfahrungen zu berichten, wurde nach anfänglicher Zurückhaltung angenommen.

Zu dieser Veranstaltung kam rund ein Drittel der Belegschaft. Ein Ziel des Abends war es, die Erfahrungen der Kollegen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit andere

Betriebe nicht wie Heidfeld "überfahren" werden können. Nach einer ausgiebigen Diskussion über die Hintergründe der Heidfeld-Pleite planten wir konkrete Informationen: An zwei aufeinanderfolgenden Samstagen bauten wir in der Fußgängerzone Infostände auf und verteilten ein Flugblatt, das wir zusammen mit Heidfeld-Kollegen erarbeitet hatten. Wir unterhielten uns über eine Lautsprecheranlage mit Passanten und sammelten Spenden für die vom Konkurs besonders hart betroffenen Kollegen. Die Sammlung setzten wir natürlich auf verschiedenen Veranstaltungen der SPD fort. Insgesamt kamen weit über 200,- DM zusammen.

Rückblickend können wir feststellen, daß wir durch unsere aktive Solidarität mit den Kollegen zeigten, daß wir bei betrieblichen Auseinandersetzungen konsequent an ihrer Seite stehen.

Ingolff Becker, Remscheid Juso-AG Nord

Jusos Niederrhein

Ausser Thesen nichts gewesen

Ende Mai fand die letzte Bezirkskonferenz der Jusos Niederrhein statt, an der ich zum ersten Mal als Delegierter teilnahm. Auf dieser Konferenz wurde der neue Bezirksvorstand gewählt und ein Arbeitsprogramm verabschiedet. Wir vom Unterbezirk (UB) Remscheid haben unser Arbeitsprogramm zur Diskussion gestellt. Darin liegt ein Schwerpunkt auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und auf Aktionen zur 35-Stunden-Woche. Daraufhin wurde uns auf der Bezirkskonferenz Gewerkschaftsopportunisten vorgeworfen!

Außerdem bemerkte das ausscheidende Vorstandsmitglied Rainer Thiel, der für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zuständig war, der neue Vorstand wäre mit zu vielen Themen belastet und müsse sich auch mit Frauenarbeit beschäftigen. Dies ist ohne Zweifel wichtig, aber ist es nicht notwendig, Schwerpunkte zu setzen? Es müßte doch jedem klar sein, daß sich nächstes Jahr die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche verschärfen. Wenn wir nicht ewig unter Akademikern bleiben wollen, müssen wir unsere Arbeit endlich auf Betriebe und Gewerkschaften orientieren.

Es gab dann noch eine kurze Debatte über das vorgelegte Thesenpapier zur Arbeit der Jusos. So heißt es z.B. zur Wirt-

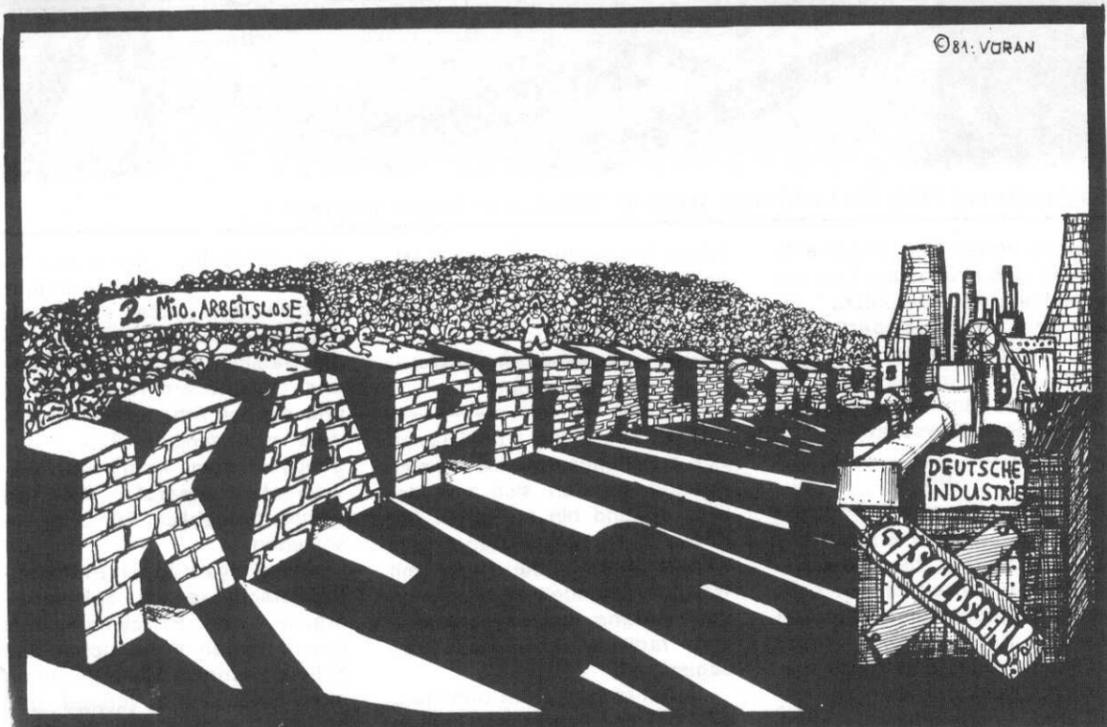
schaftsdemokratie: Im Rahmen einer wirtschaftsdemokratischen Neuordnung muß die nicht demokratisch legitimierte Macht schrittweise eingeschränkt werden. . .

Als ob sich die Kapitalisten ihre Macht Stückchen für Stückchen aus den Händen nehmen ließen! Doch in diesem Thesenpapier stehen auch noch andere komische Dinge. So wird etwa die Arbeitslosigkeit neben Krankheit und Unfällen als ein "Lebensrisiko" genannt, und nicht etwa als Auswuchs des Kapitalismus. Oder noch besser: "Demokratisierung der Wirtschaft heißt daher auch, den Unternehmer(!) schrittweise von seinem Zwang(!) zum kapitalistischen Verhalten zu befreien(!), ohne daß er dagegen Amok läuft."

Ich bin noch nicht allzulange in der SPD und habe nicht gewußt, daß es unser Ziel sein soll, die Unternehmer zu befreien. Ich dachte da doch mehr an die Arbeiter. Najja. . .

Der einzige Lichtblick war die Annahme des Antrags vom UB Remscheid, die Position des Genossen Lafontaine zu unterstützen, der die Gewerkschaften aufgefordert hat, gegen die Raketenstationierung Kampfmaßnahmen bis hin zum Generalstreik zu beraten.

Sabine Kall, Remscheid



länderfeindliche Gesetze

ld wie in Südafrika ?

age der Ausländer in srepublik hat sich letzten Zeit drastisch tert, mit einem gröag muß man aber nun rechnen. Bereits vor irz haben die Re-teien neue Regelun-stellt und nunmehr vorgelegt. So sind enden Dinge vor-ndische Kin-ein-Paß arfe der rd, les

wäre wohl vergleichbar mit dem Apartheid-System in Südafrika, wo die schwarze Bevölkerung schweren Repressalien ausgesetzt ist, wenn der Paß nicht vollständig ist. 3. Kinder können nur bis zum 6. Lebensjahr zu ihren hier lebenden Eltern kommen. Wenn ein siebenjähriger seinen Urlaub bei den Eltern in der BRD verbringt und die Familie nicht länger getrennt von dem Kind leben will, müssen die Eltern wohl oder übel das Kind nach dreimonatigem Aufenthalt nach Hause schicken.

Hinzu kommt, daß die politische Betätigung von Auslän-

dern in linken Parteien und Gewerkschaften nicht gern gesehen wird, denn es soll verschärft auf den "Schutz von Belangen der BRD" geachtet werden.

Ich meine, diese Probleme müssen in den Massenorganisationen der Arbeiter, also in der SPD und in den Gewerkschaften, aufgegriffen werden. Denn nur die Arbeiterbewegung kann es verhindern, daß die Ausländer als Sündenböcke für die Krise des Kapitalismus hingestellt werden.

Maria Clara Roque, Wiesbaden

Deutschland vor 60 Jahren:

# 1923 - EINE VERPASSTE Inflation - Verarmung - Radikalisierung - Generalstreik

Von der Novemberrevolution 1918 und dem Kapp-Putsch 1920 hat wohl jeder schon mal etwas gehört. Weniger bekannt sind dagegen die Ereignisse des Jahres 1923, besonders des Sommers 1923. Allgemein taucht dieses Jahr in den Geschichtsbüchern nur als Jahr der Ruhrbesetzung durch die französischen Truppen und der Rekord-Inflation auf.

Doch daß darüberhinaus eine revolutionäre Situation und eine weitere historische Chance zur politischen Machteroberung durch die deutsche Arbeiterklasse bestand — dies wird kaum erwähnt und ist in Vergessenheit geraten. Wir wollen mit diesem Artikel zum 60. Jahrestag an die Klassenkämpfe des Jahres 1923 erinnern.

1922 war das Jahr mit der höchsten Anzahl an Streiks, die je in Deutschland stattgefunden haben: 1,6 Millionen Arbeiter nahmen an 4338 Streiks teil! Doch wie gewonnen — so zertrümmert. Die Lohnerhöhungen konnten mit der sich rapide entwickelnden Inflation nicht Schritt halten.

Der Achtstundentag — "Nebenprodukt" der Novemberrevolution — war ebenfalls den Angriffen des Kapitals ausgesetzt. Sie sahen die Stunde gekommen, dieses Zugeständnis aus den Tagen ihrer politischen Ohnmacht wieder rückgängig zu machen.

Im Oktober 1922 richtete der Industrielle Fritz Thyssen einen offenen Brief an den Reichskanzler Dr. Wirth (Zentrum), in dem er schrieb: "Deutschlands Rettung kann nur von einer Rückkehr zum Zehnstundentag kommen."

## Inflation

Die Inflation erreichte phantastische, nie dagewesene Ausmaße. Dies drückte den Lebensstandard der großen Bevölkerungsmehrheit unter die Armutsgrenze.

Lohn- und Gehaltsempfänger erhielten ihre Gelder zuweilen mehrfach am Tag. Sie brauchten Beutel und Karren voller Papiergeldscheine, die mit Millionenbeträgen überdrückt waren. Diese Papierfetzen mußten schnell in den nächsten Lebensmittelläden geschafft werden, bevor der Ladenbesitzer wieder neue astronomische Summen auf seine Preistafeln kritzelte.

Das Kleinbürgertum verlor all seinen Besitz. Alle diejenigen, die ihr Geldvermögen zeitweilig als Grundlage für eine sorgenfreie Zukunft betrachtet hatten, mußten ohnmächtig mit ansehen, wie die Sparguthaben zerrannen. Auch Sachvermögen mußte für wertloses Papiergeld verschleudert werden, um überhaupt den Lebensunterhalt zu sichern.

Die Gewerkschaften versuchten, die Unternehmer davon zu überzeugen, daß eine Stärkung der Massenkaukraft letztenendes auch in ihrem Interesse sei, um die Waren absetzen zu können. Doch für einen Großteil des Kapitals ging es vor allem um die Wiedereroberung ausländischer Märkte. Sie waren auf die heimische Nachfrage kaum angewiesen.

Die Inflation verhalf ihnen zu billigen Arbeitskräften; die abfallende Währung zu weiteren enormen Preisvorteilen auf dem Weltmarkt. Sie konnten andere Konkurrenten spielend unterbie-

ten und häuften so riesige Profite aus den Exportgeschäften an. Diese Erlöse wurden nicht im Inland, sondern in stabilen Devisen angelegt.

## Ruhrbesetzung

Zu all dem kommt hinzu, daß die französische Regierung unter Poincaré seit Anfang Januar das Ruhrgebiet besetzt hält, um anstehende Reparationsforderungen selbst einzutreiben.

Die Entrüstung über die Ruhrbesetzung war allgemein. Für kurze Zeit schien es, als ob sie die anderen Probleme völlig überlagern könnte. Die Inflation, die Spekulationen um Stinnes taten ihr Bestes, um die Wut über die unerträgliche Lage auf die Franzosen abzulenken. An Inflation, Hunger und Elend seien die Reparationsforderungen der Franzosen schuld.

Die Regierung Cuno kündigte gleich nach der Besetzung eine Politik des "passiven Widerstands" an (gegen die Stimmen der KPD im Reichstag). Jegliche Zusammenarbeit, jede Auszahlung, ja jeder Kontakt zu den französischen Besatzern ist untersagt.

## Passiver Widerstand

Tatsächlich sind im Januar und Februar fast die gesamte Industrie und das Transportwesen im Ruhrgebiet lahmgelegt. Es kommt auch zu Sabotageakten und heftigen Zusammenstößen. Die Franzosen antworten mit Ausweisungen, Massenverhaftungen und Hinrichtungen — was die Erregung noch mal steigert.

Doch sehr bald wurde den Arbeitern klar, daß die nationalistische Propaganda der Ruhrindustriellen und ihrer Gefolgsmänner alles andere als patriotische Motive hatte. Die Unternehmer waren nicht bereit, auch nur einen kleinen Teil der Lasten des Widerstands zu tragen.

Der passive Widerstand bröckelte schnell wieder ab; den Arbeitern wurden klar, daß sie die einzigen waren, die zahlen sollten.

Die Franzosen an der Ruhr, Inflation, phantastische Gewinne für Geld- und Devisenbesitzer, für Trusts und Banken — auf der anderen Seite versinken Proletarier und Kleinbürger in Elend und Hoffnungslosigkeit. Der Staat steht vor dem Bankrott. Begriffe von Ordnung, Gesetzlichkeit und Eigentum haben keinen Inhalt mehr. Die Beamten gehorchen dem Staat nicht

mehr, der ihnen nur noch Spottlöhne bezahlen kann. Polizisten sehen bei Hungerdemonstrationen und Plünderungen teilnahmslos zu. Die Reaktionäre in Bayern drohen mit dem Abfall vom Reich. Die bürgerliche Republik hat nur Erniedrigung und Elend gebracht.

Die Gewerkschaften geben keinen Schutz mehr; die Arbeiter verlassen sie massenweise. Im Sommer 1923 gibt es im Vergleich zum Vorjahr 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder weniger. Aber auch die Beiträge derer, die drin bleiben, zählen kaum. Die riesige Maschinerie

sen zu "elektrisieren" und künstlich Aufstände anzuzetteln. Sie verwechselte ihre eigene Ungeduld mit der Stimmung der Massen und scheiterte kläglich mit dieser putschistischen Politik.

Die KPD vollzog eine Wendung hin zur Einheitsfrontpolitik



Ruhrbesetzung 1923: Die Lasten des "passiven Widerstands" tragen die Arbeiter

Unter diesen Umständen entwickelt sich eine wahre Flut von revolutionären Gefühlen, die den Geist der Novemberrevolution noch übertreffen. Das Kapital steht im Sommer 1923 noch einmal am Rande des Abgrunds seiner Herrschaft.

## SPD

Die SPD war tief erschüttert, da ihre Stütze, die Gewerkschaften, praktisch vor der Auflösung standen. Zum ersten Mal seit dem Krieg entsteht wieder ein linker Flügel. Eine Reihe von Parteimitgliedern bis hin zu mittleren Funktionären lehnt eine Politik ab, mit der die SPD ans bürgerliche Parlament und an bürgerliche Parteien gekettet wird. Zugleich sind sie bereit, auf die Einheitsfront-Angebote der KPD einzugehen.

Der linke Flügel ist besonders stark im traditionell roten Sachsen und Thüringen. Er wird dort geführt von Dr. Erich Zeigner, der im März '23 die Koalition mit den bürgerlichen Parteien im sächsischen Landtag aufgelöst und sich fortan auch auf die Stimmen der Kommunisten stützt.

Die Gewerkschaftskassen sind leer, durch die Inflation ruiniert. Der Apparat zerfällt, die Funktionäre können nicht mehr bezahlt werden. Hunderttausende von Mitgliedern, die darauf Anspruch haben, können nicht mehr unterstützt werden. Bei Geldverfall und rasender Inflation haben Tarifverträge jeden Sinn verloren.

hängt im Leeren; gewerkschaftliche Arbeit im traditionellen Sinn kann es in dieser Lage nicht mehr geben.

## Umschwung

Die Stimmung radikalisiert sich zusehends, und die meisten Arbeiter wenden sich von der SPD ab und hin zur KPD. Die KPD ist in ihren Augen die einzige Partei, die nicht mit Weimar verbunden ist, die schon von Anfang an revolutionäre und radikale Lösungen propagiert hat.

Selbst in ländlichen Gebieten, z.B. bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz im Sommer 1923, erlangte die KPD ebenso viele Stimmen wie die SPD. Eine gewerkschaftsinterne Abstimmung im Juli unter den Berliner Metallarbeitern ergab 54.000 Stimmen für die Kommunisten gegen 22.000 Stimmen für die Sozialdemokraten.

Es waren die Tage des Höhepunkts für die Kommunisten. Im Sommer 1923 hatten sie zum ersten und einzigen Mal die Mehrheit der Arbeiter hinter sich. Die Drohung, ein "Sieg der Bolschewisten" brächte das "wirtschaftliche Chaos", zog nicht mehr, denn dieses Chaos war schon da.

## KPD

Die KPD hatte seit dem fehlgeschlagenen Aufstandsversuch vom März '21 eine andere Linie eingeschlagen. Damals hatte sie (vergeblich) versucht, die Mas-

und versuchte, systematisch ihren Einfluß unter den Arbeitern auszubauen. Sie errichtete Fabrik- und Vertrauensleute und Obleute anknüpfen sollten und die den Arbeitern — besonders im Krisenjahr 1923 — gegenüber dem kraftlosen Gewerkschaftsapparat als die wahre betriebliche Führung erschienen.

Diese organisierten Preiskontrollausschüsse als Selbsthilfeorgane der Bevölkerung im Kampf gegen Preiswucher und Schwarzhandel. Sie erzwangen nicht selten den Verkauf von gehorteten Lebensmitteln von Großbauern wie von Händlern oder schüchternen Kaufleuten ein, ihre Preise hochsetzen wollten.

Außerdem stellten sie die sogenannten "roten Hauswirtschaften" auf, in denen überwiegend Kommunisten, aber auch Parteiloze und Sozialdemokraten organisierten. Die Roten Hundertschaften den Fabrik- und Vertrauensleute als Vollzugsorgane und die Arbeiterangriffe der Rechtsextremen schützten.

Die KPD merkte nicht, daß sie die Mehrheit der Arbeiter bereits hinter sich hatte und daß eine revolutionäre Umwälzung herangereift war. Sie war nicht fähig, zur Aktion überzugehen. Sie war zersplittert und demoralisiert.

# REVOLUTION

auch viele andere Gewerkschafter und Sozialdemokraten. Die KPD führte und organisierte die Bewegung in keiner Weise. Sie nahm einfach daran teil.

## Sturz der Regierung

Inzwischen war die Stimmung in der Bevölkerung auf dem Siedepunkt. Auch auf dem Lande rührte es sich. 150.000 Landarbeiter streikten in Ostpreußen gegen ihre Gutsbesitzer. Im Südschwarzwald kam es zu Zusammenstößen zwischen Bauern und der Polizei.

Die Fabrikkomitees werden in Berlin zu einem sogenannten "Fünfzehnerausschuß" zusammengefaßt. Die Welle von Streiks breitet sich aus. Die Arbeiter der Staatsdruckerei streiken. Dieser Druckerstreik unterbrach alles. Da die Geldscheine fehlten, war binnen kurzer Zeit das ganze Land wie gelähmt, kein Tausch, keine Bezahlung mehr möglich. Der "Fünfzehnerausschuß" ruft zum Generalstreik auf. Dieser Streik wird auch in der ganzen Hauptstadt befolgt. Er breitet sich von dort wie ein Lauffeuer über das ganze Land aus. Am 11. und 12. August gipfelt die spontane Massenbewegung in einen allgemeinen, umfassenden Generalstreik. Es ist die größte Streikbewegung seit dem Kapp-Putsch.

Doch niemand koordiniert und führt die Bewegung wirklich an. Die Forderungen lauten: Sturz der Cuno-Regierung, die zum Symbol für Elend und Not, für alles Hassenswerte geworden war.

Die Regierung Cuno tritt am 12. August zurück, damit ist dem Streik die Spitze genommen, denn viel weitergehende Forderungen gibt es nicht.

## Abflauen der Bewegung

Der Cuno-Streik war völlig spontan losgebrochen. Örtliche Betriebsräte und Arbeitervertreter hatten gehandelt. Die Parteien begannen erst zu begreifen, was vor sich ging, als die Bewegung schon Tatsachen geschaffen hatte.

Die Massen schufen praktisch über Nacht das weitestgehende, was solche spontanen, unkoordinierten Bewegungen erreichen können: die Bewegung der Regierung. Diesen

Ausgang durch weitergehende

Produktive, sozialistische Forderungen auszubauen, wäre über der KPD gewesen. Auf ihr ruhten zu diesem

Die Legen der meisten Arbeiter der Bundesvieler Mittelschichtler, reits in der weitgehend unblutig verschlehten Staatsapparat auf äußeren Schließ eine Arbeiterdemokratie noch einer revolutionären dem 6. März an der Spitze an gierungsparteile setzen können. gen fertige KPD verpaßte diese halboffizielle historische Chance. etwa die folgend Komitee der KPD gesehen: 1. Auslaß dazu auf, der müssen (höchstwahrscheinlich von Geburt an) einen ab, erhalten. 2. Es wird eine sehr als Paßkontrolle geben. Wer auf m er Straße ohne Paß erwischt werten bekommt Schwierigkeiten. D

Zwar sorgen Inflation, Hunger und Elend noch bis in den Herbst hinein immer wieder für Demonstrationen und Hungerrevolten. Doch der Höhepunkt war in jenen Augusttagen. Von da an ebte die revolutionäre Stimmung ab.

## Regierung Stresemann

Noch am 12. August hatte Gustav Stresemann zusammen mit der SPD ein neues Kabinett gebildet. Wieder einmal sollte die SPD-Führung das Kapital aus einer brenzigen Lage retten. (Allerdings wurde sie wenige Wochen später wieder 'rausgeworfen.) Die Regierung Stresemann bemühte sich eiligst, die Lage wieder einzurenken. Die nationale und internationale Kapitalistenklasse erkennt, daß sie Deutschland geradezu in die Revolution getrieben hat.

Im September beendete Stresemann offiziell den passiven Widerstand an der Ruhr; dies ist der Beginn der internationalen Verständigung und legt die Basis für Zahlungspläne, die der Leistungsfähigkeit Deutschlands eher entsprachen.

Auch die deutsche Kapitalistenklasse lenkt etwas ein, nachdem sie bereits beträchtliche Gewinne eingefahren hat und ihr Kurs geradewegs in der Revolution zu enden droht. Die Regierung Stresemann konnte den Arbeitern die gleitende Lohnskala zugestehen, die in der Tat die Gewinne der Spekulanten beträchtlich verminderte. Dennoch dauerte es Wochen und Monate, bis man den weiterhin schwindelerregenden Sturz der Währung aufhalten konnte.

## Komintern

Inzwischen hat die Kommunistische Internationale klar den Ernst der Lage in Deutschland erkannt. Trotzki tritt als erster entschieden dafür ein, daß die politische Machteroberung in Deutschland vorbereitet werden müsse, da die revolutionäre Lage reif sei.

Man ruft Brandler und die Spitzen der KPD nach Moskau, um die Situation zu besprechen. Brandler wollte sich dort eigentlich über die putschistischen Neigungen der Parteilinken beschweren. Er hätte sich nicht träumen lassen, daß es dort um die Vorbereitung des Aufstandes gehen sollte.

Die KPD-Führung wurde schließlich in Moskau von der Notwendigkeit und Richtigkeit der politischen Machteroberung überzeugt - jedenfalls mehr oder weniger. Auch wurden alle militärischen und technischen Vorbereitungen eingeleitet und ein Plan ausgearbeitet, wobei man allerdings kein genaues Datum für den "deutschen Oktober" festsetzte.

## Vorbereitungen zum Aufstand

Doch außer diesen fieberhaften technischen Vorbereitungen hinter den Kulissen änderte sich nichts. Die Propaganda der KPD blieb dieselbe wie in den letzten Jahren. Kein Wort, kein Hinweis darauf, daß große Er-

eignisse im Kommen sind.

Die deutschen Arbeiter werden politisch in keiner Weise vorbereitet. Eher im Gegenteil. Die KPD-Führung ist noch vorsichtiger. Sie befürchtet vorzeitige Ausbrüche. Sie will die Herrschenden nicht vorzeitig warnen. Doch dummerweise bekommen nicht nur die Herrschenden, sondern auch die Massen nichts von den Plänen zum Aufstand mit.

## Konterrevolution

Unterdessen bereiten auch die Nationalisten und Reaktionsäre von Bayern aus ihre konterrevolutionären Pläne weiter vor. Die Verschwörer, die sich die Unterstützung der offiziellen Reichswehr erhoffen, lehnen sich offen gegen die Zentralregierung in Berlin auf und bedrohen die proletarischen Hochburgen Sachsen und Thüringen mit dem Einmarsch.

Der Linkssozialdemokrat Zeigner bittet die Kommunisten, seiner Regierung beizutreten. Die sächsische und thüringische Landesregierung fühlte sich von der bayrischen Reaktion bedroht. Sie wenden sich an die Kommunisten, weil nur sie den befürchteten Schlag abwenden können.

Die Komintern entscheidet, daß die KPD den Landesregierungen beitreten, alle wichtigen Positionen schnell besetzen, die roten Hundertschaften sofort um 50.000 bis 60.000 Bewaffnete ausbauen soll. Die "Arbeiterregierungen" in Sachsen und Thüringen sollten Zentrum und Ausgangspunkt der Revolution in Deutschland werden.

## "Arbeiterregierung" in Sachsen und Thüringen

Doch auch dieser Schritt fand ohne politische Vorbereitung statt. Die Arbeiter waren erstaunt, was plötzlich in die Kommunisten gefahren war, daß sie mit der SPD eine Regierung bildeten.

Am wenigsten hätten sie vermutet, daß dieser Schritt der Auftakt zur Revolution darstellen sollte! Die Bildung der berühmten "Arbeiterregierungen" zieht jedenfalls nicht die geringste Mobilisierung oder Bewaffnung nach sich.

Stattdessen liefert sie den Vorwand für einen bewaffneten Einmarsch, den die herrschende Klasse seit Monaten vorbereitet.

## Intervention

Am 14. Oktober beauftragt Reichspräsident Ebert (SPD!) den Führer der sächsischen Reichswehr, General Müller, die Ordnung in Sachsen wiederherzustellen und Ausschüsse einzusetzen, die die frei gewählte Regierung ersetzen sollten! Dies löste einen Sturm der Entrüstung auch in der Sozialdemokratie aus. Der Korrespondent des britischen "Observer" meinte in diesen Tagen, daß 80% der SPD-Anhängerschaft dieser Politik ihrer Führung feindlich gegenüberstanden.

Selbst ein ganz und gar nicht linksstehender SPD-Führer wie Otto Braun (preußischer Ministerpräsident) lehnte sich gegen



diese Politik auf. Schließlich war die Arbeiterregierung nicht vom Wege der "strikten Legalität" abgewichen und in der Tat ganz offensichtlich von Bayern her bedroht.

Die Truppen des General Müller gingen zunächst vorsichtig vor. Aber sie trafen kaum auf Gegenmaßnahmen. Die KPD-Führung hielt sich an ihren Plan und wollte sich keinen vorzeitigen Kampf aufzwingen lassen. Außerdem war man sich offenbar nicht sicher, ob die Massen folgen würden.

Wahrscheinlich wäre ein Generalstreik zu diesem Zeitpunkt durchaus erfolgreich gewesen. Selbst die Hafenerbeitergewerkschaft in Hamburg will für den 21. Oktober einen Generalstreik aus Solidarität mit dem bedrohten roten Sachsen ausrufen. Doch die Hamburger Kommunisten bekämpfen diesen Beschluß. Sie wollen auf ein "Signal" aus Sachsen warten.

Derweil wird Bayern ungeduldig und droht, selbst zur Tat zu schreiten, wenn General Müller und die Reichsregierung weiterhin so zaghaft vorgehen.

## Konferenz von Chemnitz

Für den 21. Oktober ist eine Konferenz der Sächsischen Fabrikkomitees nach Chemnitz einberufen worden. Die KPD-Führung beschließt, je nach Stimmung auf dieser Konferenz das Signal zum Aufstand zu geben. Sie drückt sich damit vor der Verantwortung einer eigenen Entscheidung.

Brandler bringt den Antrag auf Generalstreik und bewaffneten Widerstand gegen die Reichswehr ein. Die Konferenz antwortet ihm mit eisigem Schweigen; die sozialdemokratischen Minister drohen mit dem Auszug ihrer Gruppe. Die Furcht, isoliert zu kämpfen und unterzugehen, ist verbreitet. Der Antrag wird begraben, der

Aufstand abgeblasen.

## Hamburger Aufstand

Lediglich die Hamburger KPD ist von dem Gegenbefehl nicht mehr informiert worden. Die Hamburger Kommunisten erheben sich plangemäß. Ohne Streik, ohne politische Vorbereitung oder ähnliches greifen einige hundert Kommunisten der kümmerlich bewaffneten Roten Hundertschaften Kasernen und Polizei quartiere an. Sie glauben, ganz Deutschland erhebt sich mit ihnen.

Die Hamburger Arbeiter trauen ihren Augen nicht: zwei Tage vorher verhindert die KPD einen Generalstreik in Hamburg, um nun selbst zu den Waffen zu greifen! Der Aufstand wird schnell niedergeschlagen.

Am 23. Oktober zieht General Müller in Dresden ein (30 Tote) und löst die sächsische Regierung auf.

## Folgen

So enden fünf turbulente Revolutionsjahre in Deutschland, ohne daß die Chancen zur sozialistischen Umgestaltung genutzt werden. Die KPD ließ im Sommer '23 ihre Chance ungenutzt verstreichen. Sie bereitete dann - zu spät - die Machteroberung vor (aber nicht politisch, sondern nur militärisch) und hatte in letzter Sekunde doch wieder Angst vor der eigenen Courage.

Die Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse trotz aller Kampf- und Opferbereitschaft, das Versagen der politischen Führung der Arbeiterklasse von 1918 bis 1923 - das alles legte die frühe Grundlage für den späteren Sieg des Faschismus in Deutschland.

Angela Bankert, Remscheid  
Juso UB-Vorsitzende

## VORAN-Broschüre mit Artikelsammlung

# Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

"Wer nicht aus den Fehlern der Geschichte lernt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen."

Und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist reich an Lehren. Wer heute als Sozialist aktiv ist, kommt nicht daran vorbei, sich mit den Erfahrungen, Erfolgen und Rückschlägen früherer Generationen von Aktivisten zu beschäftigen.

Die Anfänge der Arbeiterorganisationen, die Politik dieser Organisationen in den Weimarer Jahren sind dabei besonders wichtige Phasen

der Geschichte.

Unsere Broschüre ist ein Nachdruck älterer Artikel dieser Zeitung zu diesen Themen, die einen Einstieg und ersten Überblick geben sollen: -SPD bis zum 1. Weltkrieg -Novemberrevolution 1918 -Spaltung und USPD -Kapp-Putsch 1920 -Warum kam Hitler an die Macht?

Die Broschüre ist zum Preis von 2,50 DM zuzüglich Porto bei der Redaktion (Anschrift siehe Abozettel) erhältlich.

**Britische Wahlen:**

# LABOUR HAT VERLOREN

## Erfolge sind möglich - mit sozialistischer Politik

Vier Jahre lang brutale Angriffe auf Arbeitsplätze und Sozialleistungen. Vier Millionen Arbeitslose. Sieben Millionen, die unter der offiziellen Armutsgrenze dahinsiechen. Trotzdem wählte das britische Volk die Konservativen ein zweites Mal in die Regierung. Sind die Briten nach rechts gegangen?

Ist Thatcher wirklich populärer geworden? Haben die Arbeiter ihre klassenkämpferischen Traditionen vergessen?

Obwohl die Konservativen im neuen Parlament einen Vorsprung von 144 Sitzen haben und obwohl die Labour Party auf 29% (den niedrigsten Stimmenanteil seit 1922) abgesunken ist - diese Fragen müssen mit "Nein" beantwortet werden.

Der Anteil der konservativen Stimmen ist gegenüber 1979 sogar um 1,2% zurückgegangen. Die "Sozialdemokraten", eine rechte sozialismusfeindliche Clique, die sich vor zwei Jahren von der Labour Party abgespalte, erhielten die Quittung für diesen Verrat: sie bekamen nur sechs Mandate. Die meisten ihrer bisherigen Abgeordneten verloren ihre Sitze an die offiziellen Labour-Kandidaten. Ihr Bündnis mit den Liberalen, das in der letzten Wahlkampfwoche von der kapitalistischen Presse schwer hochgepöbelt wurde, erreichte 25% aller Stimmen. Damit zogen sie der Labour Party Wähler ab - mit dem Ergebnis, daß die Konservativen im Amt bleiben dürfen.

Trotz alledem war der entscheidende Umschwung bei dieser Wahl der Einbruch des Labour-Anteils von ca. 37% auf 29%. Diesmal schenkte die Labour-Opposition der Regierung den Sieg.

28% Nichtwähler

Bei über vier Millionen Arbeitslosen und einer weit verbreiteten Verbitterung, die vor zwei Jahren in Straßenkrawallen sowie vor einem Jahr in Streikbewegungen in den Krankenhäusern und bei der Bahn zum Ausdruck kam, hätte Labour einen aggressiveren Wahlkampf führen müssen mit dem Ziel, den Bankrott des britischen Kapitalismus und seiner konservativen Helfershelfer zu entlarven. Aber die Wahlkampf-führung der Partei blieb unter der Kontrolle der alten Rechten und des ehemaligen "Linken" Michael Foot. Viele Arbeitslose, Farbige und Jugendliche fühlten sich nicht angesprochen. 28% aller Wähler gingen gar nicht zur Urne: Fast soviel wie diejenigen, die Labour wählten!

Labour war während der letzten 35 Jahre 17 Jahre lang Regierungspartei. Arbeitslosigkeit, Kürzungen im Sozialbereich und Lohnleitlinien unter den letzten beiden Labour-Regierungen haben ihr Vertrauen gründlich erschüttert.

Die Arbeiter erinnern sich, wie sie zur Hinnahe der "vorübergehenden" Kürzungen im Lebensstandard geködert wurden, angeblich weil dies Infla-

tion und Arbeitslosigkeit beseitigen, alle wirtschaftlichen Probleme lösen und Großbritannien ins "goldene Zeitalter" des Wachstums zurückführen würde. Manche Arbeiter wählten da gleich in ihrer Verzweiflung die echte Partei des Klassenfeindes, in der Hoffnung, daß es "irgendwie besser wird".

Die kleinbürgerlichen Labour-Führer und Karrieristen haben schon immer die Stammwähler der Partei, die Industriearbeiter, als bloßes Stimmvieh betrachtet. Diesmal hofften sie, von ihnen sozusagen automatisch wiedergewählt zu werden - auch ohne aktiven Einsatz im Wahlkampf.

Parteiführer mißachten eigenes Programm

Die Forderungen der Labour Party nach einer kürzeren Wochenarbeitszeit, Verstaatlichung einiger Industriezweige, höheren Renten und Sozialleistungen mehr Wohnungsbau und Bildungschancen und Ausbau des Gesundheitswesens so wie die Forderung nach der Abschaffung des nicht gewählten, feudalen Oberhauses, wurden jedoch nicht glaubhaft dargestellt, weil die meisten Labour-Führer gar nicht daran glauben.

Der stellvertretende Parteiführer Dennis Healey, einer der prominentesten Rechten, lehnte die Forderung nach einseitiger Abrüstung rundweg ab, und gestern deutete er auf die vollständige Unterwerfung des Mr. Foot in dieser Frage hin." (Times, 25.5.83)

Prominente rechte Gewerkschaftsführer wie Frank Chapple und Roy Grantham riefen zur Unterstützung der "Sozialdemo-

kraten" und Liberalen auf.

Auch der Falkland-Krieg vom letzten Frühjahr spielte noch eine Rolle. Presse und Fernsehen polierten kräftig am



Stimmenzuwachs für sozialistische Politik in Liverpool: Terry Fields

Image Thatchers als "entschlüsselter Führerfigur" im Gegensatz zu den schwankenden und zögernden Michael Foot, der zum Krieg weder eindeutig "ja" noch klar "nein" gesagt hatte.

Die bürgerliche Öffentlichkeit tat auch alles, um die "linksradikale Unterwanderung" und hoffnungslose Zerstrittenheit der Labour Party anzuprangern.

Labour gewinnt in Liverpool

Daß die Labour Party mit offensiver sozialistischer Politik

ersten Ratsbeschlüsse war die ersatzlose Streichung der teuren Repräsentationskosten des Oberbürgermeisters samt Rolls Royce-Dienstwagen und eine Mietsenkung bei den städtischen Sozialwohnungen.

Bei den Parlamentswahlen konnte Labour in Liverpool im Gegensatz zum nationalen Trend vier Prozent zulegen.

Im neugebildeten Liverpooler Wahlkreis Broadgreen, wo nach dem 1979er Ergebnis die Konservativen gewonnen hätten, siegte der Labour-Kandidat Terry Fields mit 3.800 Stimmen Vorsprung. Terry Fields ist Feuerwehrmann, ehrenamtliches Vorstandsmitglied seiner Gewerkschaft und MILITANT-Unterstützer.

Hunderte Gewerkschafter, Jugendliche und Arbeitslose machten in diesem Wahlkreis Straßenaktionen und Hausbesuche. Jeder Haushalt wußte, daß Terry für ein sozialistisches Programm eintritt und sich verpflichtet hat, weiterhin mit einem Facharbeiterlohn auszukommen. Alle Abgeordnetenämter, die darüber hinausgehen, wird er an die Arbeiterbewegung abführen.

Auch in der Stadt Coventry konnte ein weiterer Marxist durch eine kämpferische Kampagne mit Hunderten aktiver Helfer für Labour den Sitz erringen und Stimmen hinzugewinnen: der ehemalige Jungsozialist und städtische Angestellte Dave Nellist. Auch er wird von einem durchschnittlichen Arbeiterlohn leben, um sich "nicht von meiner Klasse abzuheben".

Felicity Bull, Köln  
Juso-AG Altstadt-Nord

**Wahlen in Italien**

# Christdemokraten geschlagen

Bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer und zum Senat war das herausragende Ereignis die spektakuläre Niederlage der Christdemokraten (DC): die seit 37 Jahren bestimmende politische Kraft Italiens verlor 5,4% (alle Prozentangaben beziehen sich auf die Kammer) und sank damit auf den tiefsten Stand seit ihrem Bestehen.

Tiefe Wirtschaftskrise

Daß die Verluste der DC sich nicht für die Kommunisten niederschlugen und die PCI sogar noch 0,5% verlor, muß angesichts der wirtschaftlichen Situation Italiens stark verwundern: Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei 9,1%, die Inflationsrate knapp bei 17%; 1982 gingen die Investitionen um 6,3% zurück, und die negative Handelsbilanz erreichte einen Stand von 28 Mrd. DM.

Die Wirtschaftspolitik war jedoch sowohl für die PCI als

auch für die PSI nur ein untergeordnetes Wahlkampfthema. Anstatt die tiefe Krise als Möglichkeit zu begreifen, offensiv auf die Notwendigkeit einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft hinzuweisen und so Mehrheiten zu gewinnen, entschieden sich beide Parteien für die Politik des kapitalistischen Krisenmanagements: Kürzungen im Sozialbereich seien zwar notwendig, aber doch bitte schön etwas ausgewogener durchzuführen. Die Sozialisten plädieren offen für einen Sozialpakt, und die Kommunisten fordern sogar teilweise Reprivatisierung der bereits verstaatlichten Industrie!

Arbeiterbewegung bleibt stark

Es wäre falsch, die Situation alleine nach der derzeitigen Politik der beiden großen Arbeiterparteien zu bemessen. Vor allem die Auseinandersetzungen um die Scala Mobile, das System der automatischen Anpassung

der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate, haben gezeigt, daß die italienische Arbeiterklasse zu kämpfen bereit ist. Als der Unternehmerverband Confindustria Mitte 1982 ankündigte, das Abkommen über die Scala Mobile kündigen und diese am liebsten abschaffen zu wollen, kam es bereits zu ersten politischen Streiks. Es folgten bis Jahresende mehrere Generalstreiks; an dem vom 18.1.83 beteiligten sich allein 10 Millionen Beschäftigte. Bezeichnenderweise gingen diese Kämpfe im wesentlichen von den gewerkschaftlichen Betriebszellen aus, während die Gewerkschaftsführungen eher abwiegelten. Hätten auch diese massiv mobilisiert, dann hätte die Scala Mobile vielleicht ganz gerettet werden können, so aber waren 15 bis 18%ige Kürzungen nicht zu verhindern.

In der Folge verlagerten sich die Auseinandersetzungen auf andere Gebiete: am 27.5.83 fand z.B. ein zwei bis vier-

stündiger Generalstreik statt, dessen 14 Millionen beteiligte Metallarbeiter unterstützen wollten, deren schon seit 17 Monaten der Abschluß eines neuen Tarifvertrages verweigert wird.

Die Kampfbereitschaft der italienischen Arbeiterklasse steht also in offenem Widerspruch zur Politik von PCI und PSI. Aber auch hier lassen sich langsam Veränderungen feststellen. Die PCI-Führung hatte bisher die Taktik des "Historischen Kompromisses" (Koalition von PCI und DC) verfolgt und orientiert sich nun in Worten stärker auf das neue taktische Konzept der "Demokratischen Alternative", worunter das Zusammengehen der Linksparteien verstanden wird. Ähnliche Prozesse laufen zur Zeit in der PSI ab.

Dennoch wird die Einheit der Linksparteien kurzfristig kaum Wirklichkeit werden. Die PSI wird sich zunächst wieder an einer Mitte-Links-Koalition beteiligen, doch die rigorose Kürzungspolitik kann in absehbarer Zeit (unter dem Druck der Basis) zum Austritt der PSI aus der Regierung führen.

## Bilanz der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst

# Über Lohnpause zur Lohnsenkung?

In den letzten fünf Jahren ist der Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten durchschnittlich um mehr als zehn Prozent zurückgegangen. Auch in der Tarifrunde 1983 haben die Lohn- und Gehaltserhöhungen durchweg weit unter der Preissteigerungsrate gelegen. Im Öffentlichen Dienst wäre es wegen einem unerschämten niedrigen Angebots der öffentlichen Arbeitgeber fast zum Streik gekommen.

Die ersten Forderungen der Gewerkschaft ÖTV hörten sich sehr gut an. Die große Tarifkommission beschloß am 23. Februar in Stuttgart eine 5%ige Erhöhung der Löhne und Gehälter, mindestens 110,- DM zu verlangen, dazu 30 Tage Urlaub für alle und vollen Lohn ab dem 18. Lebensjahr.

Am 10. Mai 1983 waren die Tarifverhandlungen zwischen der ÖTV und dem Bund gescheitert. Die daraufhin angerufene Schlichtungskommission empfahl dann folgende Einigung: Die Löhne und Gehälter sollen in der Zeit vom 1. März 1983 bis 30. Juni 1983 um zwei

Prozent steigen; ab 1. Juli 1983 und 1. März 1984 um jeweils noch um ein halbes Prozent zugelegt. Das bedeutet eine Erhöhung um 2,55% für den gesamten Zeitraum bis 31. August 1983.

Die große Tarifkommission lehnte diese Einigungsempfehlung jedoch zunächst mit 57 gegen 47 Stimmen ab und forderte auf jeden Fall eine Verkürzung der Laufzeit.

Nachdem aber die Arbeitgeberseite - im Gegensatz zur Gewerkschaftsspitze - keine Verhandlungsbereitschaft zeigte, sah man sich in der großen Tarifkommission gezwungen, erneut zu beraten.

Jeder wußte: eine endgültige Ablehnung der Einigungsempfehlung bedeutet Urabstimmung und Streik. Und da bekamen es die Mitglieder der Tarifkommission plötzlich mit der Angst zu tun. Unter dem Vorwand, ein Streik würde die Gewerkschaftskassen zu sehr belasten und überhaupt sei es fraglich, ob sich eine klare Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder in einer Urabstimmung für einen Streik aussprechen würde, wurde die

Einigungsempfehlung am 11. Juni 1983 dann doch angenommen.

Gegenüber der Basis versuchte die Gewerkschaftsführung auch noch, das Tarifiergebnis als großen Erfolg darzustellen, denn schließlich sei damit das Lohndiktat gebrochen worden, eine Lohnpause verhindert und die Lohnleitlinie vom Tisch.

Die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten sehen es aber anders: Die Laufzeit ist bis zum 31.8.84 verlängert und die Gesamterhöhung von 2,55% reicht auch in diesem Jahr - wie schon in den Vorjahren - nicht aus, die Inflationsrate aufzufangen, und das bedeutet einen Reallohnverlust.

Wir haben ein paar Kollegen gefragt, was sie denn von diesem Tarifabschluß halten. Sigrid, Angestellte, 25 Jahre, 1.143,- DM Nettogehalt, ÖTV-Mitglied:

"Ich bin der Meinung, daß eine Erhöhung der Gehälter um 2,5% bei der momentanen Preissteigerung zu wenig ist. Trotz Gehaltserhöhung habe ich im Verhältnis weniger Geld im

Portemonnaie als vorher.

Es ist ja eine alte Sache, daß der öffentliche Dienst für die Mißwirtschaft des Staates bluten muß. Am meisten ärgert mich, daß die ÖTV von ihrer Forderung von 110,- DM abgegangen ist, denn 2,5% von 10.000 DM sind ja schließlich was anderes als 2,5% von 1.200 DM."

Dagmar, Angestellte, 20 Jahre, 1.189,- DM Nettogehalt:

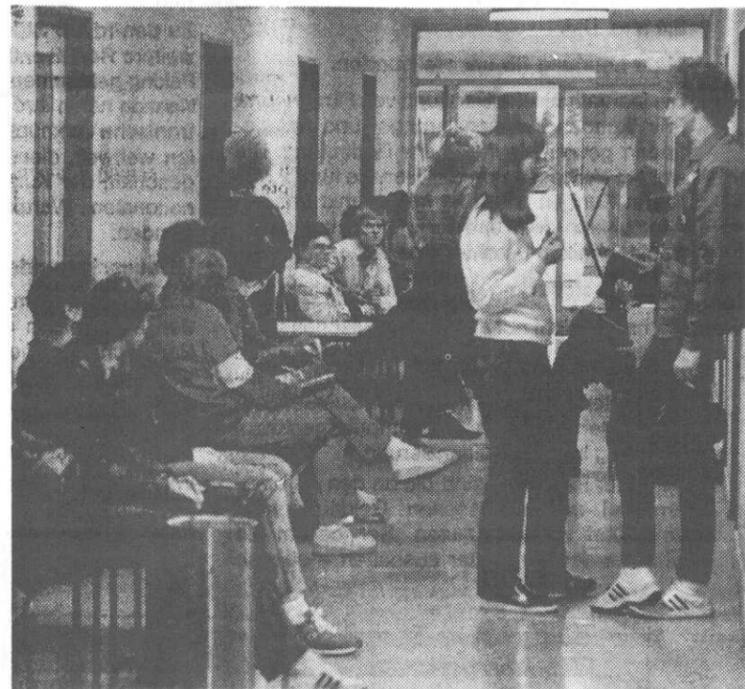
"Die ÖTV hat zu lasch verhandelt, sie hat ja nur 0,5% Erhöhung gegenüber dem ursprünglichen Arbeitgeberangebot erreicht. Das ist für mich keine gewerkschaftliche Verhandlung, das ist ein Zugeständnis an die Arbeitgeber. Anscheinend hat die überdurchschnittlich verdienende Gewerkschaftsspitze kein Interesse daran, für die große Zahl der wenig verdienenden ÖTV-Mitglieder eine Lohn- und Gehaltserhöhung herauszuschlagen, die wenigstens die Teuerungs- und Inflationsrate auffängt."

Für die Beamten, deren Besoldung durch Gesetz geregelt wird, sieht die Sache noch schlechter aus. Bis 1981 hat

sich der Gesetzgeber bei der Beamtenbesoldung an den vorher ausgehandelten Tarifverträgen orientiert. Damit war aber 1982 Schluß. In diesem Jahr wird versucht, die Anpassung zeitlich und inhaltlich zu verhindern, und 1984 soll es zu einer Besoldungspause, also einer Null-Erhöhung, kommen.

Die ÖTV und die anderen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes müssen kämpferischer werden und auch zu einem großen Streik bereit sein. Es darf zu keiner Spaltung zwischen den Arbeitnehmern im Öffentlichen Dienst und den Kollegen in der Privatwirtschaft kommen. Darum ist mehr praktische Solidarität innerhalb des DGB notwendig. Denn sonst wird es der Bundesregierung bei der nächsten Chance gelingen, eine Lohnpause durchzusetzen. Und wenn es erst mal so weit ist, sind auch Lohnsenkungen nicht mehr allzu fern.

Regina Leschinski, Köln  
ÖTV-Mitglied



## BAFÖG- Kahlschlag

# Bildung wird zum Privileg

In diesem Sommer tritt die "BAFÖG-Neuregelung" der Regierungskoalition in Kraft. Sie ist ein Rückschritt in die 50er Jahre, in denen das Privileg Bildung nur den Kindern Besserverdienender vorbehalten war.

Beim Schüler-BAFÖG wurden in den Bereichen des Zweiten Bildungswegs und der Gymnasien totale Streichungen für Schüler, die bei ihren Eltern untergebracht sind, durchgesetzt. Durch Verschleierung in Form einer Härteregelung versucht die neue Regierung den Betroffenen Sand in die Augen zu streuen. Durch Herabsetzung von Freibetragsgrenzen und Bedarfssätzen werden nur noch sehr wenig Schüler BAFÖG beziehen können. Das wird zur

Folge haben, daß in vielen Familieneinkommen ein Verlust von mehreren hundert Mark entstehen wird. Auch das Studenten-BAFÖG blieb vom sozialen Kahlschlag nicht verschont. Wer zukünftig sein Studium auf BAFÖG-Basis anstrebt, muß mit einer Kreditbelastung von durchschnittlich 40.000 DM rechnen. Bisher lag der Darlehensanteil bei durchschnittlich 9.000 DM. In Anbetracht der momentan herrschenden Einkommens- und Beschäftigungschancen werden wohl viele Kinder von Facharbeitern, kleinen Angestellten und Beamten durch zu hohe Rückforderungssummen vom Studium abgeschreckt. Auch hier versucht die Koalition, sich durch Falsch-

## Im Arbeitsamt erlebt

# Arbeitslos - nein danke!

Naja, mir erging es wahrscheinlich wie den meisten: ich war nicht gerade unglücklich darüber, demnächst den Wecker überhören zu dürfen, den Ärger mit den Vorgesetzten und den Kollegen einfach mal los zusein, sich mit dem beschäftigten zu können, was man doch schon immer mal tun wollte und wozu die Zeit dann eben nie reichte. Zunächst erfüllte ich mir gleich einen Herzenswunsch, eine Auslandsreise.

Danach brauchte ich zwei Wochen, um mich wieder einzuleben. Zahlreiche Besuche und Gebenbesuche zerstreuten mich

mich so, daß ich mich kaum dazu bewegen konnte, die Stellenanzeigen in der Zeitung durchzulesen.

Die Tage und Wochen gingen ins Land, an denen ich mich immer beschäftigen konnte. Trotzdem kam in mir schon manchmal eine gewisse Unzufriedenheit auf, weil mir der Verdacht kam, unproduktiv zu sein. Ich kümmerte mich jetzt schon ernsthaft um Anzeigen und lief hoffnungsvoll jeden Morgen zum Briefkasten. Schließlich tauchte ich wieder im Arbeitsamt auf, diesmal in einem ganz anderen Gebäude. Ich landete in einem Raum, so groß und schlicht wie ein Warenlager, nur daß hier keine Waren, sondern Arbeitslose gelagert waren. Sie saßen aufgereiht in grauen Plastikstühlen. Mir fiel auf, daß kaum jemand eine Zeitung las, obwohl ich bisher immer gedacht hatte, Arbeitslose würden sich über jede Zeitung hermachen, weil da vielleicht ihr Job 'drinstehen könnte. Es unterhielt sich auch beinahe niemand mit seinen Nachbarn. Alle Augen waren auf die vier Türen gerichtet, denn aus einer von ihnen mußte mal jemand kommen, der genau die Nummer aufrief, die man selbst in der schwitzigen Hand hielt.

Die Warterei auf diesen grauen Stühlen wollte kein Ende nehmen. Die Leute warteten sehr geduldig, auch wenn die da drin eine Kaffeepause einlegten. Keiner schwerte sich darüber, daß es so langsam ging, aber kaum zündete eine junge Frau eine Zigarette an, brach ein Sturm der Entrüstung los: "Das ist hier verboten!"

Schließlich betrat ich ein nüchternes Räumchen, in dem mein Sachbearbeiter mir routiniert die Unterlagen abnahm und sie durchging. Wieder wurde ein Karteikärtchen angelegt, ich bekam ein paar neue Merkblätter, und schon war ich bearbeitet mit der Bemerkung: "In vier Wochen hören Sie von uns." Mein Nümmerchen war übrigens zu den anderen Nümmerchen aufgespießt und auf einer Tabelle abgehakt worden. Es ging alles sehr schnell, und meine einzige Frage war mit ein paar Paragraphenhinweisen beantwortet worden.

Als ich aus dem Portal auf den Bürgersteig trat, fühlte ich mich von jedem Passanten angestarrt. Ich glaube ihre Gedanken zu erraten: Aha, wieder so eine Arbeitslose, die auf unsere Kosten lebt. Ja, und dieses Gefühl habe ich nun auch schon öfter, wenn ich morgens einkaufen gehe, ohne ein Kind an der Hand zu haben.

Beneidet werde ich jetzt übrigens immer noch: Du hast es gut, höre ich leider dauernd, Du brauchst nicht zu arbeiten. Wenn die wüßten! Ich tue nämlich längst nicht das, was ich schon immer tun wollte, meistens beschäftige ich mich mit dem alltäglichen Haushaltskleinkram, und manchmal fühle ich mich wie gelähmt; dann kann ich eigentlich nichts tun. Und wie schnell man ein schlechtes Gewissen kriegt! Das hätte ich nie für möglich gehalten, daß einen die anderen so irremachen können! Nein, ich kann wirklich nur sagen: arbeitslos, nein danke.

Marion Dieterle, Köln

Rolf Hamann, Dortmund

# VORAN GENERALSTREIK GEGEN ATOMRAKETEN?

## Frieden durch Sozialismus



Reagan, die NATO und die Bonner Kohlregierung wollen die atomaren Mittelstreckenraketen auf jeden Fall stationieren lassen. Viele Aktivisten aus der Friedensbewegung, viele Jugendliche und gewerkschaftlich orientierte Arbeiter fragen sich jetzt: Wie können wir die Raketenstationierung noch verhindern?

Oskar Lafontaine, saarländischer SPD-Landesvorsitzender und prominenter Redner auf Ostermärschen, hat mit einem Vorschlag hierzu viel Aufsehen erregt. Er regte nämlich als Mittel gegen die Stationierung gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen bis hin zum Generalstreik an.

Die bürgerliche Öffentlichkeit, die Regierung und sogar die Spitzen von DGB und SPD reagierten empört und erschrocken. Untergliederungen von DGB und Einzelgewerkschaften haben in den letzten Wochen Beschlüsse gefaßt, die Lafontaines Ideen entsprechen:

die Gewerkschaft Kunst, die IG Druck und Papier in Baden-Württemberg und Hessen, der DGB-Kreis Bayreuth, die IG Metall Bundesjugendkonferenz und die IG Metall in Nürnberg und Heilbronn/Neckarsulm sowie die HBV Berlin.

Für VORAN ist diese Forderung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Schon vor einem Jahr haben wir in der Nummer 57 unserer Zeitung darauf hingewiesen,

„...daß die Friedensbewegung außer dem Willen eines beachtlichen Teils der Bevölkerung keine handfesten Druckmittel in der Hand hat. Wir können demonstrieren, Unterschriften abgeben, protestieren und appel-

lieren. Aber wenn das nicht ausreicht, um die Herrschenden zum Kurswechsel zu zwingen, sind wir am Ende mit unserer Bewegung. Die einzige Kraft, die in der kapitalistischen Gesellschaft einen Wandel herbeiführen kann, ist die Arbeiterklasse... Wenn sie nicht mehr bereit ist, für das Kapital zu arbeiten, ist es mit dessen Herrschaft nicht mehr weit her. Sogenannte autonome Bewegungen haben in ihrer Mehrheit stets aus den Augen verloren, daß sie auf die Arbeiterbewegung angewiesen sind, wenn sich ihre Ziele verwirklichen sollen.“

Lafontaines Vorschlag gezielter Produktstreiks deutet auf die Tatsache hin, daß es Arbeiter sind, die die konkreten Maßnahmen bei der Stationierung verrichten, etwa Produktion, Bau und Transport. Wenn die Friedensbewegung diese Arbeiter nicht anspricht und überzeugt, dann wird sie auch daran scheitern.

1978 konnten noch rechte Gewerkschaftsführer aus IG Metall, IG Bergbau und Energie und ÖTV in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern eine Kundgebung für den Bau von Atomkraftwerken im Dortmunder Westfalenstadion veranstalten. Über 50.000 Arbeiter und Angestellte bekamen dafür einen Tag bezahlten Sonderurlaub, Freßpakete und Tagesgelder und durften sich anhören, wie gut und arbeitsplatzsichernd doch die Atomkraft sei!

1983 wäre eine ähnliche Kundgebung mit Arbeitern aus der Rüstungsindustrie undenkbar, auf der die Gewerkschaftsführer Nachrüstung und Raketenstationierung priesen. Während es noch vor zwei Jah-

ren große innergewerkschaftliche Konflikte um die Beteiligung der DGB-Jugend und des IG Metall-Vorstandsmitglieds Georg Benz an der Friedensdemonstration vom 10.10. gab, ruft heute der DGB-Vorstand selbst seine Mitglieder zur Teilnahme an den Demonstrationen im Oktober 1983 auf!

Inzwischen sind - auch mit offizieller Unterstützung durch die IG Metall - in norddeutschen Rüstungsbetrieben Arbeitskreise entstanden, die konkrete und praktische Vorschläge zur alternativen Produktion ziviler Güter (statt Waffen) vorgelegt haben.

Viele Gewerkschaftstage haben Entschlüsse gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen gefaßt. Nach Meinungsumfragen lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung die Stationierung ab. Erfreulicherweise haben auch inzwischen so viele Untergliederungen der SPD entsprechende Anträge verabschiedet, daß eine Mehrheit gegen den Doppelbeschluß beim nächsten Parteitag wahrscheinlich ist.

Viele aktive Gewerkschafter haben schon an politische Warnstreiks gedacht. Doch ein Generalstreik stellt eine ganz andere Qualität dar. Soll er erfolgreich sein, dann muß er von der breiten Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung aktiv und bewußt getragen werden - und nicht nur von der gewerkschaftlich organisierten Minderheit. Millionen bisher unpolitischer Arbeiter, CDU-Wähler und BILD-Leser müßten bereit sein, das Risiko auf sich zu nehmen. Es ginge um eine entscheidende Machtprobe in der Gesellschaft. Unter einer schlechten und verwirrten Führung und ohne klare Strategie und Perspektiven muß auch ein zunächst erfolgreicher Generalstreik mit Rückschlägen und Niederlagen enden. Beispiele hierfür gibt es in der Geschichte mehr als genug. Der Generalstreik ist nicht einfach ein Mittel des Kampfes neben vielen anderen, das man eben mal ein- oder ausschaltet.

Gehen wir mal von dem (unwahrscheinlichen) Fall aus, die SPD und DGB-Spitze würde tatsächlich überzeugend und mit voller Kraft für den Generalstreik gegen die Raketenstationierung mobilisieren und unter diesem Druck die USA und NATO zur Zurücknahme ihrer Stationierungspläne zwingen. Sollen wir am Tage danach einfach wieder an die Arbeit zurückkehren? Wenn unsere Bewegung schon so stark ist, daß sie den westlichen Kapita-

listen und Militärs einen zentralen Bestandteil ihrer Strategie durchkreuzen kann, sollen wir dann nicht gleich weiter gehen und mit der einmal mobilisierten Kraft auch die anderen Mißstände der Gesellschaft anpacken?

Wie steht es etwa mit den anderen Massenvernichtungswaffen, mit Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Sozialabbau und Umweltzerstörung? Sollen wir zur Bekämpfung dieser Probleme jeweils extra einen Generalstreik ansetzen?

Wenn auch eine große Mehrheit der Arbeiter die Raketenstationierung ablehnt - zu einem Generalstreik alleine gegen die Stationierung werden sie wahrscheinlich nicht bereit sein.

Als Sozialisten müssen wir für ein Programm und Perspektiven eintreten, womit die Ziele der Friedensbewegung mit den materiellen Interessen der arbeitenden Bevölkerung verbunden werden:

- \*Keine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen!
- \*Drastische Senkung der Rüstungsausgaben!
- \*Radikale, einseitige und bedingungslose Abrüstung jetzt!

\*Der Verteidigungsetat der BRD muß für die Finanzierung der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Herstellung alternativer und gesellschaftlich sinnvoller Produkte eingesetzt werden!

\*Verstaatlichung der Rüstungsindustrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

\*Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle! Für die 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust!

Es darf keine künstliche Trennung zwischen dem Kampf für den Frieden und dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft geben. Wir müssen dafür sorgen, daß es in den Kämpfen der nächsten Jahre in den westlichen Industrieländern gelingt, die kapitalistische Herrschaft zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Sonst drohen letzten Endes auch in Westeuropa und den USA Militärdiktaturen wie heute schon in Lateinamerika. Dies würde schließlich zu einem atomaren Weltkrieg führen und den Großteil der Menschheit ausrotten.

Daher:  
Frieden durch Sozialismus!

## Nein zur Nachrüstung!

Die BRD ist das Land mit der höchsten Atomwaffendichte der Erde. Hier sind 6.000 Sprengköpfe der NATO gelagert. Damit und mit dem Mittelstreckenpotential der UdSSR könnte Europa lässig in ein Trümmerfeld verwandelt werden. Hat der Wahwitz noch keine Grenze erreicht? - Nein.

Jetzt geistert in den Köpfen amerikanischer Generäle und Militärtechnokraten die hirnrissige Idee vom "atomaren Erstschlag" und vom "begrenzt fähbaren und gewinnbaren" Atomkrieg herum: mit den hier zu stationierenden amerikanischen Pershing II und Cruise

Missile sollen Bevölkerungs- und Militärzentren der westlichen UdSSR treffsicher vernichtet werden können. Das würde zwangsläufig das atomare Inferno auslösen.

Die Befürworter der NATO-"Nach"rüstung nehmen bewußt in Kauf, daß Mitteleuropa (und vor allem die BRD) zum Schauplatz eines Atomkrieges werden kann.

Mit dem Zuckerguß von angeblich ernsthaft geführten Abstimmungsverhandlungen wollen die US-Militärs uns die Stationierung der zusätzlichen Atomraketen schmackhaft machen.

**WAS IST DAS?**



NATÜRLICH, EIN PANZER.

**UND DAS?**



NATÜRLICH, EIN ARBEITER. DER MUSS DEN PANZER BAUEN.

---

**UND DAS?**



NATÜRLICH, EIN SOLDAT. DER LERNT, IN DEM PANZER ZU STERBEN.

**UND DAS?**



NATÜRLICH, EIN UNTERNEHMER. DER SICH AN DEM ARBEITER, DEM SOLDATEN UND DEM PANZER KRUMM UND DÄMLICH VERDIENST HAT.

## ABONNIERT VORAN

**Ich möchte VORAN abonnieren...** und habe 9,60 DM auf das Postscheckkonto 'VORAN zur sozialistischen Demokratie', Nr. 2500 59-430, PschA Essen überwiesen (Abo-Preis für 6 Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 66 nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN, Reinwardstr. 2, 5630 Remscheid 11

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_